

Schriftliche Frage Nr. 166 vom 24. März 2017 von Herrn Balter an Herrn Ministerpräsidenten Paasch bezüglich der Einstellung neuen Personals in der Verwaltung des Ministeriums¹

Frage

In der Ausgabe des *Kurier Journal* vom 22. März 2017 befand sich auf Seite 22 eine Stellenausschreibung des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens in Bezug auf fünf zu besetzende Stellen in der Verwaltung.

Meine Fragen hierzu an Sie sind wie folgt:

Handelt es sich bei dieser Stellenausschreibung um neugeschaffene Arbeitsplätze oder schlichtweg um Ersatzverträge? Bitte pro Stelle antworten.

Falls es sich um neugeschaffene Stellen handeln sollte, wie rechtfertigen Sie deren Notwendigkeit?

Wurde in diesem Fall überprüft ob diese Arbeiten, durch eine Optimierung der bestehenden

Arbeitsprozesse, von den jetzigen Mitarbeitern, hätten ausgeführt werden können?

Wenn ja, wie sah diese Optimierung aus? Wenn nein, warum hat nicht solch eine Optimierung stattgefunden?

Wie hoch belaufen sich die Kosten für diese fünf Stellen, wohlwissend dass dies vom eventuellen Dienstalder abhängig ist (wenn es keine Kostenaufstellung gegeben hat, bitten wir um Berechnung bei jeweils 5 Dienstjahren) und wurden diese bereits mit in den laufenden Haushalt einbezogen oder nicht?

Antwort

Am 18. und 22. März 2017 veröffentlichte das Ministerium der Deutschsprachigen Gemeinschaft in der Lokalpresse einen Bewerberaufruf für folgende Stellen: Instandhaltungskordinator, Referent-Jurist für Verwaltungsstrafen, Referent für die Finanzierung des Gesundheitswesens, Referent für Seniorenpolitik sowie Assistent Onlinekommunikation (befristet 1 Jahr).

Die Stellenausschreibungen sind wie folgt begründet:

1) Instandhaltungskordinator

Die Stelle des Instandhaltungskordinators wurde zu diesem Zeitpunkt nicht zum ersten Mal ausgeschrieben. Bereits seit Juni 2015 sucht das Ministerium nach einem Mitarbeiter, der federführend das technische Gebäudemanagement aufbaut, um die Nutzung und Rentabilität der Immobilien der Deutschsprachigen Gemeinschaft, vor allem unter Berücksichtigung der Lebenszykluskosten, zu optimieren.

Die mit Infrastrukturprojekten befassten Mitarbeiter sind mit den laufenden Projekten und Zuschussanträgen ausgelastet; freie Kapazitäten stehen für solch umfassende Aufgaben nicht zur Verfügung. Dies zeigt sich auch darin, dass das Projekt infolge der seit mittlerweile zwei Jahren nicht besetzten Position nur langsam vorangeschritten ist.

2) Referent-Jurist für Verwaltungsstrafen

Das Ministerium der Deutschsprachigen Gemeinschaft übt in einigen Zuständigkeiten Kontrollaufgaben aus. Dazu gehören zum Beispiel die Beschäftigung ausländischer Arbeitnehmer, die Einhaltung der Sozialgesetzgebung, der Denkmalschutz und die behindertengerechte Gestaltung von Gebäuden. Bei Kontrollen werden auch Verstöße gegen die geltenden Vorschriften festgestellt.

Die Einführung und Abwicklung von Verwaltungsstrafen erfordern eine hohes administratives und juristisches Fachwissen, weshalb die Aufgabe von einem Referent-Juristen ausgeübt werden soll.

¹ Die nachfolgend veröffentlichten Texte entsprechen den hinterlegten Originalfassungen.

Die Juristen des Ministeriums sind mit dem Tagesgeschäft ausgelastet, dessen Umfang stetig steigt. Durch die Übernahme neuer Zuständigkeiten müssen in mehr Themenbereichen als zuvor Rechtsfragen geklärt und Entwürfe für Rechtstexte verfasst werden. Dies geschah bisher ohne eine Aufstockung der Personalressourcen.

3) Referent für die Finanzierung des Gesundheitswesens

Hierbei handelt es sich um den Ersatz eines Mitarbeiters, dessen Arbeitsverhältnis ausläuft.

4) Referent für Seniorenpolitik

Mit der 6. Staatsreform übernahm die Deutschsprachige Gemeinschaft umfassende Zuständigkeiten im Bereich der Seniorenpolitik. Neben der Erledigung des Tagesgeschäfts werden derzeit zu Themen wie Beihilfe für betagte Personen, Mobilitätsbeihilfen oder die Finanzierung der Alten- und Seniorenheime Überlegungen zur umfassenden Neugestaltung des gesamten Bereichs angestellt. Die Umsetzung dieses Projektes ist mit dem bestehenden Vollzeitäquivalent von 1,8 Mitarbeitern für Seniorenpolitik nicht zu gewährleisten. Daher wurde entschieden, die personellen Ressourcen aufzustoeken.

5) Assistent für Onlinekommunikation

Im Fachbereich Kommunikation gehen in den kommenden Monaten zwei vollzeitbeschäftigte Mitarbeiterinnen in Mutterschaftsruhe und Elternurlaub. Die Aufgaben werden teilweise auf andere Mitarbeiter übertragen. Die verbleibenden Aufgaben, insbesondere die Pflege und Aktualisierung des Informationsportals ostbelgienlive.be werden für die befristete Dauer eines Jahres einem neuen Assistenten anvertraut.

Die Kosten für alle fünf Stellen sind im laufenden Haushalt berücksichtigt worden. Bei der Ermittlung der Kosten wird immer die Höchstanzahl anzuerkennender Berufserfahrung, 10 Jahre, berücksichtigt.

Die Gesamtausgaben für die fünf neuen Mitarbeiter mit einer hypothetischen Berufserfahrung von jeweils 10 Jahren belaufen sich auf 300.287,58 € auf Jahresbasis.